

Wer **zusagt**,
muss auch **aufmachen**.

AWO-Forderungen zur
Umsetzung des Rechtsanspruchs
auf Kindertagesbetreuung
zum 1. August 2013.

jetzt
schlägt's

13

Ab August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr Anspruch auf Betreuung. Das sagen die Gesetzgeber zu. Jetzt geht's ans Einhalten. Die AWO macht sich stark für mehr Kita-Plätze bei hoher Betreuungsqualität.



Wer **zusagt**, muss auch **aufmachen**.

Ab dem 1. August 2013 gilt gem. KiföG für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Als Trägerin von über 2.200 Kitas in ganz Deutschland begrüßt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) den mit dem Rechtsanspruch verbundenen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren ausdrücklich.

Die Einführung des Rechtsanspruches war ein Meilenstein in der bundesdeutschen Familienpolitik. Kaum ein anderes Gesetz kann Familien dabei so unterstützen, Berufstätigkeit und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen. Doch der bisherige Stand des Ausbaus der Betreuungsplätze lässt befürchten, dass es im August 2013 nicht genug Betreuungsplätze geben wird.

Die AWO fordert, den Termin des Rechtsanspruches unbedingt einzuhalten. Ein Moratorium oder eine Terminverschiebung wird abgelehnt.

Im Rahmen der Umsetzung des Rechtsanspruches erhebt die AWO Forderungen mit dem Ziel, die Situation für die Eltern, die Kinder und natürlich auch für die in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege beschäftigten Personen zu verbessern.

- **Die AWO fordert einen Ausbau, der dem tatsächlichen Betreuungsplatzbedarf entspricht**

Als das Kinderförderungsgesetz (KiföG) zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung beschlossen wurde, ging die Politik davon aus, dass nur 35 Prozent aller Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Betreuungsangebot wahrnehmen würden. Aktuelle Elternbefragungen sowie die tatsächliche Anmeldesituation in den Tageseinrichtungen zeigen jedoch, dass diese Zahl nicht ausreichen wird. Realistische Einschätzungen gehen mittelfristig in vielen Regionen von einem tatsächlichen Bedarf in Höhe von mindestens 50 Prozent aus.

Die AWO fordert eine differenzierte regionale Erhebung des Betreuungsbedarfs. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich Ausbau und Bedarf decken. Die Befragung und Beteiligung von Eltern zur Ermittlung ihres Bedarfs ist keine freiwillige Zusatzaufgabe der Kommunen sondern unverzichtbare Planungsgrundlage für einen bedarfsgerechten und nachhaltigen Ausbau.



Wer **zusagt**, muss auch **aufmachen**.

- **Die AWO fordert ausreichende und flexible Betreuungszeiten**

Betreuungszeiten müssen sich ganz im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an den Bedürfnissen von Eltern und ihren Kindern orientieren. Die Kinderbetreuung muss es Eltern ermöglichen, einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen zu können. Besondere Arbeitszeiten, wie zum Beispiel Schicht- und Wochenenddienst stellen hier eine Herausforderung dar. Kooperationen zwischen mehreren Kitas oder auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kitas und Tagesmüttern und -vätern sind hier gefordert.

- **Die AWO fordert Beitragsfreiheit**

Die institutionelle Kindertagesbetreuung leistet den wesentlichen Beitrag zur Verbesserung von Bildungsgerechtigkeit. Alle Kinder müssen einen kostenfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen haben. Elternbeiträge widersprechen diesem Anspruch. Über den zeit- und bedarfsgerechten Ausbau hinaus, darf deshalb das Ziel der Beitragsfreiheit der Kindertagesbetreuung nicht aus dem Blick geraten.

- **Die AWO fordert gleiche Chancen für alle Kinder unabhängig von Herkunft und Wohnort**

Das Gebot „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder und zielt auf die gleichmäßige Entwicklung der Teilräume vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten. Föderalistische Strukturen dürfen daher nicht zum Nachteil in der Bildung führen.

Gemäß diesem Gebot, fordert die AWO insbesondere den Bund, aber auch die Länder dazu auf, sicherzustellen, dass es auch in finanzschwachen Kommunen einen bedarfsgerechten Ausbau an Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangeboten gibt.

- **Die AWO fordert die Sicherstellung einer hohen Qualität der Kindertagesbetreuung**

Die Qualität der Betreuungsangebote ist ein unverzichtbarer Bestandteil des quantitativen Ausbaus. Die derzeitigen Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundes-



Wer **zusagt**, muss auch **aufmachen**.

ländern sind aber sehr unterschiedlich. Sie unterlaufen die fachlich geforderten Standards schon jetzt zum Teil erheblich. Die AWO fordert zur Sicherung der Qualität von Kindertagesbetreuung, die Festlegung von qualitativ hochwertigen pädagogischen Standards, die mit einer entsprechend finanziellen Ausstattung hinterlegt sind. Maßgeblich sind hier die Faktoren des sogenannten eisernen Dreiecks der Strukturqualität: Fachkraft-Kind-Relation, Gruppengröße und Qualifikation des Personals.

- **Die AWO fordert höhere Investitionen in die Kleinkinderbetreuung**

Das System der Kindertagesbetreuung in Deutschland ist nach wie vor unterfinanziert. Mit derzeit ca. 13 Milliarden Euro öffentlicher Mittel und den Elternbeiträgen entspricht dies ungefähr 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das ist nur die Hälfte dessen, was die Wirtschaftsorganisation OECD empfiehlt. Außerdem sind Kosten und Nutzen ungleichmäßig verteilt. Einerseits profitieren insbesondere Bund und Sozialversicherungsträger überproportional von einer besseren Betreuungsinfrastruktur, andererseits liegen die Kosten hierfür im Wesentlichen bei Eltern und Kommunen. Die AWO fordert eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes am Betreuungsausbau.

- **Die AWO fordert, das Betreuungsgeld zu kippen und die dafür geplanten Bundesmittel in den Kitausbau zu investieren.**

Zeitgleich mit der Einführung eines Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung, plant die Bundesregierung die Einführung einer monetären Leistung für diejenigen, die ihr Kind zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr nicht in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen.

Unter dem Gesichtspunkt „Gleiche Chancen für alle Kinder“ fordert die AWO, von der Einführung des Betreuungsgeldes abzusehen und die dafür geplanten Haushaltsmittel (geschätzt 1,2 bis 1,9 Mrd. Euro) komplett in den Ausbau der Kindertagesbetreuung zu investieren.

- **Gleichwertige Behandlung von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen**

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind rechtlich gleich gestellt. Bund und Länder gehen davon aus, dass nach Inkrafttreten des Rechtsanspru-



Wer **zusagt**, muss auch **aufmachen**.

ches ein Drittel der Kinder zwischen einem und drei Jahren in der Kindertagespflege betreut werden.

Die fachlichen Anforderungen an die Kindertagespflege sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die AWO begrüßt diese Entwicklung und fordert deshalb, dass die Rahmenbedingungen hinsichtlich Vergütung, Ausstattung, Fort- und Weiterbildung, Supervision sowie Fachberatung für Tagesmütter und -väter entsprechend den gestiegenen Anforderungen angepasst werden müssen.

So fordert die AWO die Qualifizierung in der Kindertagespflege nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts. Sie sollte sich als Mindeststandard zur Erteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege nach § 43 SGB VIII etablieren. Ziel sollte es sein, dass auch in der Kindertagespflege Fachkräfte eingesetzt werden. In diesem Sinne fordert die AWO eine vom Bund finanzierte Ausbildungsinitiative für die Ausbildung von Fachkräften.

- **Die AWO fordert angemessene Vergütung und ausreichende Qualifizierung**

Neben der Frage der Finanzierung der Angebote ist der zunehmende Fachkräftemangel das Haupthindernis für den weiteren Ausbau des Betreuungsangebotes. Vielerorts können bereits heute Krippengruppen nicht eröffnet und Einrichtungen nicht ausgebaut werden, weil es an Fachkräften mangelt.

Die Ursachen für den Erzieherinnen- bzw. Fachkräftemangel sind vielfältig. So ist die Ausbildung zum/zur Erzieher/in mit bis zu fünf Jahren deutlich zu lang. Grundsätzlich muss die Ausbildung praxisorientierter ausgestaltet werden. Die Vergütungsstruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen und mehr noch in der Kindertagespflege ist den anspruchsvollen Aufgaben nicht angemessen. Im Wettbewerb um Fachkräfte hat der Kinderbetreuungsbereich damit immense Probleme. Deshalb setzt sich die AWO für eine verbesserte Vergütung von Erzieher/innen ein.

- **Die AWO fordert, am Fachkräftegebot fest zu halten**

Die Arbeit in Kindertageseinrichtungen ist in den vergangenen Jahren immer komplexer und anspruchsvoller geworden. Die Entwicklung einer inklusiven und partizipativen Grundhaltung, die Umsetzung von Bildungsplänen, die präzise Beobach-



Wer **zusagt**, muss auch **aufmachen**.

tung und Dokumentation, verstärkte Sprachförderung und die gezielte Förderung von Kindern unter drei Jahren sind wesentliche Aspekte, die hier zu nennen sind. Für diese pädagogische Arbeit werden gut ausgebildete Fachkräfte mit der Mindestqualifikation Erzieher/in benötigt.

Berlin, 27. April 2012